



## INFORMATIONSBLETT

# Freiwilligenorganisationen

## Haben Freiwilligenorganisationen Pflichten gemäß dem Arbeitsschutzgesetz von 2020 (Work Health and Safety Act 2020 (WHS-Gesetz))?

Wenn eine Freiwilligenorganisation (oder ein Freiwilliger in ihrem Namen) mindestens einen bezahlten Mitarbeiter beschäftigt, gilt diese Organisation nach dem WHS-Gesetz als eine Person, die ein Geschäft oder eine Unternehmung führt (a person conducting a business or undertaking – PCBU). Das bedeutet, dass die Freiwilligenorganisation, ihr(e) Mitarbeiter und Freiwilligen Pflichten gemäß dem WHS-Gesetz haben.

Solange die Freiwilligenorganisation und ihre Freiwilligen keine bezahlten Mitarbeiter beschäftigen, ist die Freiwilligenorganisation keine PCBU. Das bedeutet, dass das WHS-Gesetz keine Anwendung findet. Da Menschen und Organisationen jedoch ihren Freiwilligen gegenüber, die sie unterstützen, eine allgemeine Sorgfaltspflicht haben, ist es gute Praxis, die allgemeinen Arbeitsschutzpflichten zu erfüllen.

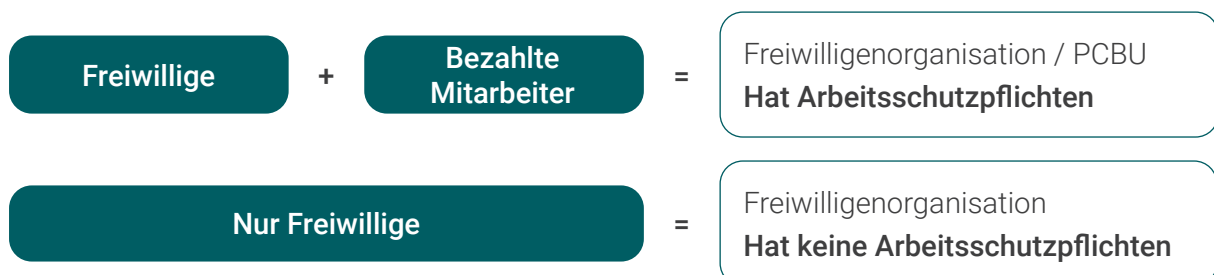
Wenn eine staatliche Abteilung oder eine lokale Gruppe einer Organisation von der nationalen Organisation getrennt ist und bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt, um Arbeiten für die Organisation auszuführen, gilt sie als eine PCBU und hat WHS-Pflichten.

Freiwilligenorganisationen, die nach dem Arbeitsschutzgesetz von 1984 (*Occupational Safety and Health Act 1984*) Pflichten hatten, werden feststellen, dass sich ihre Pflichten nach dem WHS-Gesetz nicht wesentlich unterscheiden, da das WHS-Gesetz Klarheit über die Gesundheits- und Sicherheitspflichten und die Verantwortlichkeit schafft.

## Wer gilt als Freiwilliger?

Ein Freiwilliger ist eine Person, die ohne Bezahlung oder finanzielle Entlohnung für eine Organisation arbeitet, aber gegebenenfalls Erstattungen für Auslagen wie Reisekosten oder Mahlzeiten erhält.

Wenn es sich bei der Freiwilligenorganisation um eine PCBU handelt, werden Freiwillige nach dem WHS-Gesetz als „Mitarbeiter“ behandelt, und PCBUs müssen ihren Freiwilligen denselben Schutz bieten wie ihren bezahlten Mitarbeitern.



## Welche Tätigkeiten fallen unter Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz?

Nur Arbeitstätigkeiten fallen unter das WHS-Gesetz. Tätigkeiten, die rein häuslicher, gesellschaftlicher oder privater Natur sind, sowie Freizeitbeschäftigungen fallen nicht darunter. Ob eine Tätigkeit als Arbeit angesehen wird, hängt von den jeweiligen Umständen ab.

## Was sind die Arbeitsschutzpflichten einer Organisation?

Freiwilligenorganisationen, die eine PCBU sind, müssen, soweit dies vernünftigerweise durchführbar ist, die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitarbeiter und Freiwilligen sowie anderer Personen, wie Besucher und die Öffentlichkeit, gewährleisten. Im WHS-Gesetz umfasst der Begriff Gesundheit die psychische und physische Gesundheit. Weitere Informationen finden Sie im [Leitfaden zur Bestimmung der zumutbaren Maßnahmen zur Erfüllung der Gesundheits- und Sicherheitspflicht](#).

## Wie sollten Organisationen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz handhaben?

Das WHS-Gesetz schreibt die Beseitigung von Gefahren bzw. die Minimierung von Risiken in vertretbarem Umfang vor. Der Prozess der Beseitigung bzw. Minimierung von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken wird als Risikomanagement bezeichnet und umfasst vier Schritte:

1. **Identifizierung von Gefahren** – Herausfinden, was einen Schaden verursachen könnte.
2. **Bewertung der Risiken** – Verstehen der Art des Schadens, der durch die Gefahr verursacht werden könnte, die Schwere des Schadens und die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens.
3. **Kontrolle der Risiken** – Umsetzung der wirksamsten Kontrollmaßnahme, die unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise durchführbar ist.
4. **Überprüfung der Kontrollmaßnahmen** – Um sicherzustellen, dass sie wie geplant funktionieren.

Eine PCBU muss über ein Verfahren verfügen, das sicherstellt, dass eine Risikobewertung durchgeführt wird, um so weit wie möglich Gesundheits- und Sicherheitsrisiken zu beseitigen oder zu minimieren.

## Wer ist ein Beauftragter und was sind seine Pflichten?

Im Allgemeinen ist ein Beauftragter eine Person, die Entscheidungen trifft oder an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, die die Gesamtheit oder einen wesentlichen Teil der Tätigkeiten der Organisation betreffen. Der Einfluss und die Kontrolle, die eine Person über eine PCBU ausübt, sind ausschlaggebend dafür, ob sie als Beauftragter angesehen wird. Mitglieder von Vorständen und Ausschüssen können Beauftragte sein – dies hängt von ihrer Rolle und ihrem Einfluss ab.

Ein Beauftragter einer PCBU hat [Pflichten](#), die im WHS-Gesetz als Sorgfaltspflichten bezeichnet werden. Das bedeutet, dass Beauftragte sicherstellen müssen, dass die Organisation über geeignete Arbeitssysteme verfügt, und sie müssen das Gesundheits- und Sicherheitsmanagement innerhalb der Organisation aktiv überwachen und bewerten.

Ein Freiwilliger einer PCBU kann ein Beauftragter mit Arbeitsschutzpflichten sein, wenn er Entscheidungen trifft oder an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, die sich wesentlich auf die Organisation auswirken, zum Beispiel wenn er Mitglied eines Vorstands oder eines Ausschusses ist, der die PCBU beaufsichtigt und leitet.

Beauftragte, die keine Freiwilligen sind, können strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie ihren Sorgfaltspflichten gemäß dem WHS-Gesetz nicht nachkommen. Beauftragte, die Freiwillige einer PCBU sind, machen sich nicht strafbar, wenn sie ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen.

## Was sind die Arbeitsschutzpflichten eines Freiwilligen?

Freiwillige einer PCBU haben als Mitarbeiter die Pflicht, angemessen für ihre eigene Gesundheit und Sicherheit zu sorgen und sicherzustellen, dass ihre Handlungen oder Unterlassungen die Gesundheit und Sicherheit anderer nicht beeinträchtigen. Dies beinhaltet die Befolgung angemessener Anweisungen der PCBU, die sich auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz beziehen, und die Erfüllung aller angemessenen Richtlinien oder Verfahren in Bezug auf Gesundheits- und Sicherheitsfragen.

Es gibt begrenzte Straftatbestände in Bezug auf Verstöße gegen diese Mitarbeiterpflichten. Freiwillige machen sich nicht strafbar, wenn sie gegen einen anderen Teil des WHS-Gesetzes verstoßen.

## Wer ist in der Pflicht, wenn zahlreiche Freiwillige verschiedener Organisationen an einem Ereignis beteiligt sind?

Jede am Einsatzort vertretene PCBU hat die Pflicht, die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitarbeiter und Freiwilligen zu gewährleisten, soweit dies vernünftigerweise möglich ist.

Mitarbeiter und Freiwillige müssen außerdem sicherstellen, dass ihre Tätigkeiten andere nicht unnötigen Risiken aussetzen, soweit dies vernünftigerweise möglich ist.

Ausführlichere Informationen finden Sie im [Leitfaden zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für Freiwilligenorganisationen](#).

Dies ist ein kurzer Leitfaden. Verantwortliche finden eine umfassende Erklärung ihrer Pflichten und Verantwortlichkeiten im *Work Health and Safety Act 2020* und den zugehörigen Verordnungen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.